

## Informationen aus der Gemeindevertretung Petersberg

Aus der Gemeindevertreterversammlung am 14. Dezember 2017

### **Fußweg zum Tegut wird befestigt**

Die Linke.Offene Liste und SPD haben in der Haushaltssitzung der Gemeindevertretung am 14.12. die Bereitstellung von Geldern zum Bau eines Fußweges zum Tegut Markt in Marbach beantragt. Einstimmig wurde nun beschlossen den Fußweg vom Parkplatz der Tennishalle zum Tegut Markt zu befestigen. Einen Komplettausbau lehnte die CDU Fraktion ab.

Der Fußweg ist ein gemeindeeigener Weg und steht damit allen Bürgern zur Nutzung frei. Mit der Entscheidung zum Bau des Fußweges kommt man den Wünschen vieler Bürger, insbesondere vieler Eltern, die in Sorge eine Gefährdung ihrer Kinder sehen, entgegen. Wir hoffen, dass sich auch bei der CDU noch die Einsicht durchsetzt den Fußweg ordentlich zu pflastern und zu beleuchten.

### **Linke.Offene Liste und FDP für den Stopp weiterer Tempohügel**

Leider hat die Mehrheit der Gemeindevertretung unseren Antrag, den Bau weiterer Tempohügel auszusetzen, abgelehnt. 400.000,- Euro sind im nächsten Jahr für das Tempo 30 Programm im Haushalt der Gemeinde, für Gehwegabsenkungen und den Bau weiterer Tempohügel in Steinau und Steinhaus, vorgesehen.

Wir hören von Seiten des Bürgermeisters immer wieder, dass die Bürger von den Maßnahmen regelrecht begeistert seien. Wir haben eine ganz andere Wahrnehmung. Sehr viele Bürger äußern ihr Unverständnis insbesondere zu den Tempohügeln. Viele bezweifeln die Wirkung und die Notwendigkeit der Maßnahmen. Auch werden die Ausgaben kritisiert. „Verschwendung von Steuergeldern“ ist noch eine moderate Wortwahl bei vielen Bürgern.

Wir als Linke.Offene Liste lehnen die Maßnahmen nicht rundweg ab. Sicherlich ist an der einen oder anderen Stelle eine solche Maßnahme sinnvoll. Mit unserem Antrag haben wir um ein Innehalten gebeten und uns nochmals für die Durchführung einer Bürgerversammlung ausgesprochen. Leider lehnten die CDU und CWE unseren Antrag ohne inhaltliche Begründung ab. Positiv war die Stellungnahme der FDP, sie bestätigte den Unmut vieler Bürger und stimmt unserer Initiative zu.

# Haushalt: Bürger werden zur Kasse gebeten

Auszug aus unserer Haushaltsrede:

Sehr geehrte Damen und Herren,  
die Gemeindevertretung hat im letzten Jahr mit den Stimmen der CDU Fraktion die Grundsteuern drastisch erhöht:

Die Grundsteuer A	um mehr als <b>30%</b> ,
die Grundsteuer B	um fast <b>50%</b> .

Die LINKE. Offene Liste hat diese Erhöhung abgelehnt.

Die Grundsteuer B ist eine Steuer, die Hauseigentümer und Mieter gleichermaßen trifft, egal wieviel sie verdienen. Wer wohnen will, muss zahlen. Es gibt keine Einsparmöglichkeit. Schon im letzten Jahr war absehbar, dass die Entwicklung bei den Steuereinnahmen des Bundes und des Landes insbesondere im Bereich der Einkommenssteuer auch für die Kommunen erhebliche Zuwächse erwarten ließ.

Nun liegen die Zahlen auf dem Tisch und zeigen, dass wie im Jahr 2016 auch für das Jahr 2017 mit einem erheblichen Überschuss zu rechnen ist. Für das Jahr 2016 rechnete die Gemeinde mit einem Überschuss von **30tausend** Euro, aber tatsächlich waren es **1,8 Millionen** Euro. Für 2018 ist ein weiterer Anstieg der Einnahmen um fast zwei Millionen Euro zu erwarten. Bei einer solchen Entwicklung der Einnahmen halten wir es für sehr unangemessen, dass die Gemeinde die Bürger mit der Anhebung der Grundsteuer belastet hat.

Wer seine Bürger kräftig zur Kasse bittet, sollte sich nicht mit guten Finanzzahlen in der Öffentlichkeit selbst loben. Stattdessen sollte er sich die Frage stellen, ob er die Bürger nicht **übermäßig** abkassiert.

Außerdem kassiert sie bei den Straßenbeiträgen die höchst möglichen Sätze und stellt bei der Erneuerung der Straßenlampen den Anliegern hohe Kosten in Rechnung, wohingegen manch andere hessische Gemeinde durch eine kluge Vertragsgestaltung mit den Energieversorgern und durch die Nutzung von Zuschüssen die Bürger komplett von einer Kostenbeteiligung befreit.

Auch die Preise für Baugrundstücke sind in unserer Gemeinde sehr hoch. Mit **115,- Euro** pro m<sup>2</sup> im Baugebiet Oberer Himmelsacker ist teurer Wohnraum vorprogrammiert. Statt auf die vielen Einsprüche und Einwendungen der Bürger zu hören, hat die Gemeinde die Grundstückskosten durch ihre uneinsichtige und nicht nachvollziehbare Entscheidung unnötig in die Höhe getrieben.

Noch im Dezember 2016 wurden im Haushalt für das Baugebiet am oberen Himmelsacker für die Kanalarbeiten **780.000,- Euro** beschlossen. Bei der Berechnung des Kaufpreises wurden dann für den Kanal **1,024 Million Euro** veranschlagt. Für die Straße wurde die stolze Summe von **1,637 Millionen Euro** veranschlagt. Im Nachgang stellte sich dann heraus, dass für die Abwasserleitungen **nochmals 80.000,- Euro** Mehrkosten angefallen sind. Unser Bürgermeister antwortete auf eine Nachfrage zu diesem Sachverhalt, das sei kein Problem, man habe im Verkaufspreis einen entsprechenden Puffer eingebaut. Das zeigt, wie großzügig die Gemeinde mit dem Portemonnaie ihrer Bürger umgeht.

.....Weiter auf der Rückseite

# CDU und CWE verhindern erneut Anrufsammeltaxinutzung für die Ortsteile

CDU und CWE haben mit ihrer Ablehnung zur Nutzung des Anruftaxisystems erneut ihre negative Einstellung zur Nutzung des ÖPNV bewiesen. Für eine Alternative, zu der fehlenden Busanbindung in den Ortsteilen, abends ab 20.00 Uhr, Samstags ab 15.00 Uhr und an Sonntagen komplett, sind sie nicht bereit auch nur einen Cent auszugeben. Zur Unterstützung des defizitären Parkhauses in der Kerngemeinde sind sie bereit jährlich 125.000,- Euro auszugeben. Wir haben absolut kein Verständnis für ein solch unsolidarisches Verhalten. Unseren Antrag, dass die Gemeinde 25.000 Euro zur Beteiligung am Anrufsammeltaxisystem analog der Anwendung in der Stadt Fulda ab September 2018 bereitstellt, lehnten sie ab. Die SPD stimmte unserem Antrag zu.

# Erhöhung der Zuschüsse für die Nachmittagsbetreuung abgelehnt

Mit unserem Antrag für eine Erhöhung der Zuschüsse zur Nachmittagsbetreuung an Grundschulen sollten die Familien gestärkt werden. Wir beantragten den Zuschuss für die Nachmittagsbetreuung von Grundschulern um 40 000€ aufzustocken.

In diesem Zusammenhang hat der Bürgermeister auf die Verantwortung des Landes Hessen hingewiesen. Leider kommt hier sehr wenig. Es wird zwar immer wieder betont, man möchte Ganztagschulen, die Verwirklichung lässt auf sich warten. Betroffen sind vor allem Familien, in denen beide Elternteile berufstätig sind. Die Berufstätigkeit beider Elternteile kann man nun begrüßen oder beklagen. Tatsache ist, dass heute vielen Familien ein Einkommen nicht reicht.

Da die finanzielle Situation der Gemeinde eine größere Unterstützung dieser Familien bei der Betreuung ihrer Kinder erlaubt, könnte sich Petersberg damit außerdem weiter als familienfreundliche Gemeinde profilieren.

# Neubau des Marbacher Kindergartens

Nach den derzeitigen Planungen ist mit einem Neubau im Jahr 2019 zu rechnen. Bereits seit Jahren führt der Gemeindevorstand Gespräche über eine Sanierung des Marbacher Kindergartens. Nun wurde vom Gemeindevorstand eine Änderung des Flächennutzungsplanes und ein Entwurf zur Aufstellung eines Bebauungsplanes beantragt. Der Kindergarten soll am Riegelacker gebaut werden.

Eine umfassende Information hierzu fand weder im Ortsbeirat noch in der Öffentlichkeit statt. Nach der Hessischen Gemeindeordnung aber ist der Ortsbeirat zu allen wichtigen Angelegenheiten, die den Ortsbezirk betreffen, zu hören. Insbesondere die Frage der Betreuungsarten sollte geklärt werden.

23. Änderung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde Petersberg im Ortsteil Marbach  
Anlage zum Aufstellungsbeschluss

